

Abstimmung vom 4.3.2001

Das Tempo der «Euro- turbos» ist dem Souverän zu hoch

Abgelehnt: Volksinitiative «Ja zu Europa»

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Das Tempo der «Euroturbos» ist dem Souverän zu hoch. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 601–602.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Mit der Entwicklung der Europäischen Union (EU) ist die Integration der Schweiz in Europa seit Beginn der 1990er-Jahre zu einem Hauptthema der helvetischen Aussenpolitik geworden. Nach dem Nein zum EWR (vgl. Vorlage 388) von 1992 lancieren 1995 fünf pro-europäische Bewegungen die Volksinitiative «Ja zu Europa!». Das Begehren verlangt die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union. Die Unterschriftensammlung kommt eher harzig voran, dennoch kann die Initiative 1996 bei der Bundeskanzlei eingereicht werden.

Der Bundesrat, der grundsätzlich dasselbe Ziel verfolgt wie die Initianten, empfiehlt das Begehren zur Ablehnung mit der Begründung, dass er das schweizerische Beitrittsgesuch erst dann reaktivieren wolle, wenn seine Integrationspolitik vom Parlament mitgetragen werde. Er weist ausserdem darauf hin, dass die Initiative die in der Bundesverfassung festgelegte Kompetenzordnung, wonach der Bundesrat für die Beziehungen mit dem Ausland zuständig ist, beschneiden würde. Die Landesregierung will ausserdem vermeiden, dass durch die Initiative Verwirrung über die integrationspolitische Strategie der Schweiz entsteht, und möchte lieber erst die bilateralen Verträge ins Trockene bringen. Er schlägt aber als indirekten Gegenentwurf einen Bundesbeschluss vor, der verschiedene Elemente der Initiative aufnimmt, etwa die Formulierung, wonach die Schweiz sich am europäischen Integrationsprozess beteilige und zu diesem Zweck den Beitritt zur EU anstrebe. Im Unterschied zum Volksbegehren jedoch überlässt es der Gegenentwurf dem Bundesrat, über den Zeitpunkt der Verhandlungsaufnahme zu entscheiden. Das Initiativkomitee lässt verlauten, es werde sein Begehren nicht zurückziehen, wenn im Gegenentwurf kein konkretes Datum für die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU festgelegt werde.

Im Parlament löst die Initiative lange und emotional geführte Grundsatzdebatten aus und wird schliesslich von beiden Räten mit 113 zu 61 bzw. 33 zu 9 Stimmen abgelehnt. Sämtliche Vorschläge für einen Gegenentwurf scheitern ebenfalls – gegen den Willen der Linken, der Liberalen und der pro-europäischen Minderheiten von CVP und FDP. Insbesondere die Ständesvertreter der Deutschschweiz stemmen sich gegen die Festlegung auf einen aussenpolitischen Weg und wollen sich die Möglichkeit anderer Kooperationsformen offenhalten.

GEGENSTAND

Nach dem Willen der Initiative soll die Bundesverfassung wie folgt ergänzt werden: Die Schweiz beteiligt sich am europäischen Integrationsprozess und strebt zu diesem Zweck den Beitritt zur Europäischen Union an. Der Bund nimmt ohne Verzug Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auf.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Initianten setzen sich zum Ziel, eine Mehrheit der Bevölkerung sowie die Kantone der Westschweiz und die beiden Basel für sich zu gewinnen. Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller Bundesratsparteien mit

Ausnahme der SVP sowie Vertreter der Grünen und der Liberalen schliessen sich in einem Pro-Komitee zusammen, um gemeinsam die Initiative zu unterstützen. Weniger Einstimmigkeit herrscht auf nationaler Ebene: So beschliesst die CVP zwar die Japarole, jedoch gegen den Willen von 18 abweichenden Kantonalsektionen. Die FDP entscheidet sich gar für ein Nein und findet sich, zusammen mit der SVP und den kleinen Rechtsparteien, auf der gegnerischen Seite wieder. Unterstützt wird das Anliegen von den Gewerkschaften und den meisten Jungparteien. Der Bundesrat und die gemässigten Kreise der Gegnerschaft sprechen sich für ein «vernünftiges Nein» aus – kein grundsätzliches Nein zu einem EU-Beitritt also, sondern lediglich eine Absage an die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Ganz anders die AUNS und grosse Teile der SVP; sie lehnen jegliche Annäherung an die EU aus prinzipiellen Überlegungen ab. Hauptargumente sind etwa die Angst vor einer unkontrollierten Einwanderung oder Befürchtungen hinsichtlich der Landwirtschaft.

ERGEBNIS

Am 4. März 2001 wird die Initiative bei einer Beteiligung von 55,8% mit einem Jastimmenanteil von 23,2% und allen Kantonen wuchtig verworfen, wobei die Westschweiz (der Jura 44,2% Ja, die Waadt 44,2%) und der Kanton Basel-Stadt (29,1% Ja) etwas höhere Jastimmenanteile verzeichnen als die Deutschschweiz. Die Initiative vermag einzig bei den Sympathisierenden der SP eine knappe Mehrheit (58%) zu erobern. Anders als bei früheren Vorlagen nehmen die der FDP und der CVP nahestehenden Personen keine Mittelstellung zwischen den Polen SP und SVP ein, sondern entschieden wie die SVP-Anhänger überwiegend mit Nein. Bei Personen mit hoher formaler Bildung aus Städten und aus der französischsprachigen Schweiz schnitt die Vorlage überdurchschnittlich ab. Dass die Romandie im Gegensatz zur EWR-Abstimmung von 1992 ebenfalls mehrheitlich Nein stimmte, wird in ersten Reaktionen als Einebnung des Gegensatzes zwischen den Sprachregionen bezeichnet. Festzuhalten ist jedoch, dass der Unterschied zur Deutschschweiz mit 22 Prozentpunkten auch diesmal beträchtlich ist.

Für die Befürworter der Initiative – sie wurden im Volksmund «Euroturbos» genannt – war der Wunsch nach einem möglichst raschen EU-Beitritt der Schweiz zentral. Sogar Personen, die an sich für eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz eintreten, lehnten die Initiative mehrheitlich ab. Bei den Neinstimmenden lassen sich zwei unterschiedlich argumentierende Gruppen ausmachen: diejenigen, die das von der Initiative postulierte rasche Vorgehen ablehnen (39%), und diejenigen, die an sich gegen einen EU-Beitritt sind (51%).

QUELLEN

BBI 1999 3830; BBI 2000 3540. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1992 bis 2001: Aussenpolitik – Europapolitik – EU. Vox Nr. 73.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.